

JA - 01 / 40365 / BA - MA

Anlage 2

28.4.1989

Wichtigster Inhalt

der Ausführungen von Genossen Minister J a s o w
während der Visite am 28. 04. 1989

164

Genosse Minister J a s o w empfing die Chefs der Generalstäbe sowie die stellvertretenden Außenminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zu einer Visite.

Einleitend bedankte er sich in herzlichen Worten dafür, daß die Delegationen der Bruderstaaten der Einladung nach MOSKAU gefolgt seien, sowie für die konstruktive Mitarbeit während dieser wichtigen Beratung.

In der letzten Zeit sei durch das Ministerium für Verteidigung der UdSSR auch auf diplomatischem Gebiet eine umfangreiche Arbeit geleistet worden.

Einige Verteidigungsminister hätten die Sowjetunion und die Sowjetarmee besucht und konnten sich von der praktischen Umsetzung unserer Verteidigungsdoktrin überzeugen.

Dem französischen Verteidigungsminister, C h e v e n e m e n t, hätte Genosse Minister J a s o w die Frage gestellt, gegen wen FRANKREICH seine Atomwaffen einsetzen wolle.

Er habe ihm klargemacht, daß die Sowjetunion im Rahmen des INF-Vertrages zehnmal mehr Raketenstartrampen vernichten würde, als FRANKREICH überhaupt besitze.

In der BRD sei jetzt eine Bewegung gegen die Nachrüstung bzw. Modernisierung der Kernwaffen im Gange. Diese Bewegung richte sich auch gegen GROSSBRITANNIEN und FRANKREICH als Kernwaffenmächte.

Verhandlungen nur über taktische Raketen seien für die Sowjetunion nicht akzeptabel. Man würde davon ausgehen, daß unbedingt auch die kernwaffentragenden Flugzeuge und die doppelt verwendbaren Artilleriesysteme in Verhandlungen über taktische Kernwaffen einbezogen werden müßten. Der Westen versuche, nur die Kerngranaten einzubeziehen, jedoch nicht die Geschütze. Die Kerngranaten seien jedoch bereits 10 bis 12 Jahre alt und müßten auch ohne Verhandlungen aus der Bewaffnung herausgenommen werden.

Auch in bezug auf diese Problematik sollten wir noch operativer und beweglicher in unseren Massenmedien handeln.

Nur die taktischen Raketen zu liquidieren, sei für uns also nicht vorteilhaft.

Eine Kernwaffenreduzierung müsse komplex erfolgen. Das heißt, daß sie auch eine 50%ige Reduzierung der strategischen Kernwaffeneinsatzmittel einschließen müsse. Man müsse also die taktischen und die strategischen Kernwaffenkräfte bei Reduzierungen verknüpfen, sonst sei eine Lösung dieses Problems nicht möglich.

Die Sowjetunion habe bis zum heutigen Tage im Rahmen des INF-Vertrages 350 Komplexe vernichtet, die USA hingegen nur 54.

Durch die Bush-Administration werde das SDI-Programm zielstrebig verwirklicht. Sie wolle sowohl politische als auch diplomatische Vorteile erreichen. Damit soll vor allen Dingen auch in Zukunft der Profit der Rüstungskonzerne gesichert werden.

Die Republikaner hätten die Wahlen in den USA unter anderem auch dadurch gewonnen, weil sie auf Fortschritte auf dem Gebiet der Abrüstung verweisen konnten.

Der neue Verteidigungsminister der USA, C h e n e y , gäbe jeden Tag zwei bis drei Interviews. Dies verdeutliche, daß die Bush-Administration auf militär-politischem Gebiet zur Offensive übergehen will.

Die Höhe der Rüstungsausgaben für 1990 beweise, daß man an der Aufrüstungskonzeption festhalte. Man redet zwar viel von Reduzierungen und Abrüstung, in Wirklichkeit werde aber aufgerüstet und modernisiert.

Unsere Argumentation sei in dieser Hinsicht noch zu schwach. Wir müßten auch hier noch offensiver auftreten.

Der Stand der WIENER Verhandlungen sei allgemein bekannt. Wir haben dort die Initiative und müßten sie auch in Zukunft behaupten. Es gehe darum, auch diese Möglichkeit zu nutzen, um die Weltöffentlichkeit für unsere Friedenspolitik zu mobilisieren.

Wenn wir die Frage stellen, kann es morgen zu einem Krieg kommen?, so hätten wir vor 20 Jahren mit "Ja" geantwortet. Heute sei die Situation eine andere. Heute könnten wir berechtigt sagen, "daß es morgen keinen Krieg geben wird".

Die heutige Welt sei auf Frieden eingestellt. Nur der Frieden gebe der Menschheit eine Zukunft. Das begreifen immer mehr Menschen auf allen Erdteilen.

In der Gegenwart bedeute jeder Krieg zwischen NATO und Warschauer Vertrag den Untergang der Menschheit. Dies würde auch auf einen Krieg ohne Einsatz von Kernwaffen zutreffen, weil allein die Zerstörung der Kernkraftwerke und der chemischen Großbetriebe einer weltweiten Katastrophe gleichkäme.

Insgesamt gebe es ein breites Interesse bezüglich der Nichtweiterverbreitung der Kernwaffen.

Die Volksrepublik CHINA halte sich in dieser Frage auch zurück. PAKISTAN und INDIEN wären zum Beispiel in der Lage, kurzfristig Kernwaffen herzustellen. Keiner sei jedoch daran interessiert.

Auf innenpolitische Fragen eingehend, führte Genosse Minister J a s o w aus:

Vor zwei Tagen fand eine bedeutsame Sitzung des Zentralkomitees der KPdSU statt, die sich vorrangig mit organisatorischen Fragen befaßt habe. Aus dem Zentralkomitee seien die Rentner ausgeschieden und nicht bestimmte Gruppierungen, wie das die westlichen Massenmedien verbreiten würden.

Außer diesen Fragen seien auf dem Plenum sehr ernste Probleme der gegenwärtigen Entwicklung in der Sowjetunion behandelt worden. Darunter auch die Frage, worin gegenwärtig die Hauptaufgabe bestehe.

Früher habe man darauf geantwortet: Wir benötigen die Verteidigung und das Brot. Heute würde man sagen: Wir benötigen das Brot, d. h. die Ökonomie.

Ein Teil der Rüstungsindustrie solle daher auf zivile Produktion umgestellt werden. Bisher hätte die UdSSR jährlich 3.500 Panzer produziert. Auch die CSSR und die VR POLEN würden Panzer vom Typ T-72 herstellen. Ausgehend von unserer Verteidigungsdoktrin ist die Produktion von Panzern in diesem Umfang nicht mehr erforderlich.

Wichtiges Anliegen sei jetzt die Produktion von Konsumgütern. In diesem Bereich gebe es in der Sowjetunion den größten Nachholebedarf. 50 % der freiwerdenden Produktionskapazitäten der Rüstungsindustrie der UdSSR sollen daher auf die Konsumgüterproduktion umgestellt werden.

Man sei sich dessen bewußt, daß diese Problematik der Umstellung der Rüstungsindustrie auch in anderen Ländern des Warschauer Vertrages Schwierigkeiten mit sich bringe, die im Rahmen des RGW geklärt werden müßten.

Zur Rückführung der sowjetischen Truppen von den Territorien der Bruderstaaten legte Genosse Minister J a s o w dar, daß der Beginn der Rückführung aus UNGARN durch Presse, Rundfunk und das ungarische Fernsehen sowie durch die Bevölkerung sehr gut organisiert worden sei. Es sei richtig gewesen, daß man zu diesem Anlaß auch westliche Massenmedien zugelassen habe, damit sie darüber in den NATO-Staaten berichten können. Damit hätten wir dokumentiert, daß bei uns im Gegensatz zur NATO Wort und Tat übereinstimmen. Man sei damit einverstanden, daß die westlichen Reporter alles fotografieren können und über alles berichten. Sie sollten auch Zutritt zu einzelnen Objekten und Einrichtungen erhalten. Wir brauchten uns davor nicht zu fürchten.

Auch wir sollten in dieser Beziehung unsere Agitations- und Propagandaarbeit verstärken.

Insgesamt müßten wir offener werden und nicht versuchen, alles geheim zu halten.

167

Genosse Minister J a s o w hob hervor, daß die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages ihre Kontakte zu den kapitalistischen Staaten auch auf militärischem Gebiet verstärken sollten.

Die Sowjetunion beabsichtige, in nächster Zeit die Verteidigungsminister SPANIENS, GROSSBRITANNIENS, VENEZUELAS und einer Reihe anderer kapitalistischer Staaten einzuladen. (Vom 03. - 05. Mai 1989 besucht Admiral W e l l e r s h o f f, Generalinspekteur der Bundeswehr, ebenfalls die Sowjetunion und die Sowjetarmee.)

Solche Maßnahmen würden der weiteren Festigung des Vertrauens und des Friedens dienen. So habe z. B. vor einem Monat der Verteidigungsminister der SCHWEIZ, V i l l i n g e r, die Sowjetunion besucht.

Nach seinem Besuch trete er als Agitator für die Friedenspolitik der UdSSR auf. Auch der französische Verteidigungsminister hätte sich in der Öffentlichkeit positiv über seine Eindrücke in der UdSSR geäußert.

In diesem Zusammenhang erscheine es zweckmäßig, wenn sich auch die Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages noch öfter zusammensetzen würden, um anstehende Fragen im Kollektiv zu beraten.

Auch würde die Sowjetunion einen Austausch von Soldaten und Unteroffizieren der Bruderarmeen sehr begrüßen.

Die gegenseitigen Aufenthalte könnten dabei eine Dauer von wenigen Tagen bis zu einigen Wochen haben.

In Zukunft sollten sich also nicht nur die hohen Militärs und die Diplomaten, sondern auch die Soldaten treffen.

Dies würde wesentlich zur weiteren Festigung der Freundschaft und der Waffenbrüderschaft zwischen unseren Völkern und Armeen beitragen.

Abschließend bat Genosse Minister J a s o w

- sowohl den Verteidigungsministern
- als auch den Außenministern

beste Grüße zu übermitteln.

Die Visite, die in einer freundschaftlichen Atmosphäre verlief, dauerte 45 Minuten.